

## Lebensmittelpreise: Braucht Österreich staatliche Eingriffe? Zwischen Inflation, Marktmechanismen und sozialer Verantwortung - die Debatte spitzt sich zu.

Steigende Lebensmittelpreise bringen Haushalte unter Druck. In Österreich entbrennt eine hitzige Debatte über mögliche staatliche Eingriffe - mit klaren Fronten zwischen Politik, Wirtschaft und Sozialorganisationen.



*Mit einer Inflationsrate von 3,5 % im Juli 2025 liegt Österreich weiterhin deutlich über dem EU-Schnitt. Besonders die Lebensmittelpreise gelten als treibender Faktor. © Unsplash / Fikri Rasyd*

## Teuerung in Österreich: Wer trägt die Verantwortung?

Mit einer **Inflationsrate** von 3,5 % im Juli 2025 liegt Österreich

weiterhin deutlich über dem EU-Schnitt. Besonders die **Lebensmittelpreise** gelten als treibender Faktor. Grundnahrungsmittel wie Butter, Fleisch oder Käse sind seit 2023 um bis zu 70 % teurer geworden. Während Handelskonzerne, Gewerkschaften und Politik nach Ursachen und Lösungen suchen, wächst in der Bevölkerung der Unmut – und die Sorge vor Ernährungsarmut.

## **PRO-GE und Volkshilfe: Preiskontrollen und Transparenz gefordert**

Die **Produktionsgewerkschaft PRO-GE** unterstützt die Idee von Finanzminister **Markus Marterbauer** (SPÖ), Maßnahmen gegen die Teuerung zu setzen. Gewerkschaftschef Reinhold Binder spricht sich für eine **Anti-Teuerungskommission** aus, die Supermarktpreise genau überwachen und ungerechtfertigte Preisaufschläge sichtbar machen soll.

Auch die **Volkshilfe** schlägt Alarm: Eine neue Studie zeigt, dass sich 76,8 % der armutsbetroffenen Haushalte Fleisch, Fisch oder vegetarische Alternativen nicht in gewünschtem Umfang leisten können. „Lebensmittel dürfen kein Luxus sein“, mahnt Direktor Erich Fenninger. Gefordert werden Preisdeckel auf **Grundnahrungsmittel**, mehr Transparenz und armutsfeste Sozialleistungen.

## **Wirtschaftskammer: Eingriffe wären „Symbolpolitik“**

Ganz anders sieht man das bei der **Wirtschaftskammer Österreich**. **Christian Prauchner**, Obmann des Bundesgremiums Lebensmittelhandel, warnt vor staatlichen Eingriffen in die Preisgestaltung. Die Ursachen der Preissteigerungen lägen nicht im Handel, sondern in der gesamten Wertschöpfungskette: von internationalen Rohstoffmärkten über gestiegene Produktions- und **Energiekosten** bis hin zu regulatorischen Belastungen wie

CO<sub>2</sub>-Abgaben oder der verpflichtenden E-Mobilitätsinfrastruktur.

Die Margen im österreichischen **Lebensmittelhandel** seien mit unter 1,5 % äußerst gering. Eine staatliche Preisregulierung würde laut WKÖ weder die Ursachen bekämpfen noch langfristig funktionieren – vielmehr drohe eine Verzerrung des Marktes.

## **Landwirtschaft unter Druck: Zwischen Rohstoffpreisen und Marktzwängen**

Besonders die Fleischbranche steht zwischen den Fronten. Während **Supermarktpreise** hoch bleiben, sehen sich viele Fleischverarbeiter massivem Preisdruck durch Handelskonzerne ausgesetzt. Gleichzeitig steigen die Kosten für Futter, Energie und Personal. Ein Blick auf den Rindfleischmarkt zeigt: Laut **AMA** lag der durchschnittliche Schlachtpreis für Kühe zuletzt bei 6,23 €/kg – ein Plus von über 50 % im Vergleich zum Vorjahr. Auch bei Milch ist der Auszahlungspreis gegenüber 2020 um mehr als die Hälfte gestiegen.

## **Die Rolle des „Österreich-Aufschlags“**

Ein weiterer Streitpunkt ist der sogenannte **„Österreich-Aufschlag“** bei Markenprodukten. Diese sind hierzulande häufig deutlich teurer als in anderen EU-Staaten. Grund dafür sind territoriale Lieferbeschränkungen großer Lebensmittelkonzerne, die verhindern, dass heimische Händler günstiger im Ausland einkaufen. Für AK-Ökonomen und die EU-Kommission stellt dies eine Wettbewerbsverzerrung dar – und einen Ansatzpunkt für europäische Reformen.

## **Preisdeckel, Steuersenkungen oder Marktmechanismen?**

Die möglichen Maßnahmen sind vielfältig – und umstritten. Während die SPÖ Preisdeckel und Steuersenkungen für Grundnahrungsmittel ins Spiel bringt, lehnt die ÖVP solche

Eingriffe ab. Stattdessen setzt man auf mehr Transparenz, die Bekämpfung von **Shrinkflation** und eine europaweite Lösung gegen unfaire Lieferpraktiken.

Auch viele Ökonom:innen äußern sich skeptisch gegenüber Preisdeckeln. Sie warnen vor leeren Regalen, sinkender Produktqualität und Marktverzerrungen – Erfahrungen aus Ländern wie Ungarn hätten dies bestätigt. Stattdessen wird eine strategischere, strukturpolitische Herangehensweise gefordert: mehr Wettbewerb, geringere Abhängigkeit von Importen und gezielte soziale Maßnahmen.

## **Zwischen Sozialpolitik und Marktlogik: Die Diskussion bleibt offen**

Die Debatte zeigt: Es gibt keine einfache Lösung. Zwischen sozialpolitischen Forderungen, wirtschaftlicher Machbarkeit und europäischem Wettbewerbsrecht liegt ein komplexes Spannungsfeld. Fest steht: Wer langfristig stabile Lebensmittelpreise sichern will, muss sowohl internationale Entwicklungen als auch nationale Rahmenbedingungen im Blick behalten – und dabei auch den Produktionsstandort Österreich stärken.

**Besuchen Sie uns auf: [fleischundco.at](https://fleischundco.at)**